

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 111

13. Juni 1980

Hugo Brandt MdB, SPD-Obmann im Bundestagsinnenausschuß, verlangt eine schnelle Lösung des Problems der militanten Ausländergruppen in der Bundesrepublik.

Seite 1/2

Bernd Meyer, Bremens Bau-senator, warnt vor Law-and-Order-Parolen im Zusammenhang mit illegalen Hausbesetzungen.

Seite 3/4

Dokumentation

Der zweite Teil einer Argumentationshilfe, die sich mit dem politischen Denken des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und seiner Rolle als Christ in der Politik beschäftigt.

Seite 5-8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Ein gefährliches Gebräu

Das Problem militanten Ausländergruppen bedarf dringend einer Lösung

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Bundestages

Immer deutlicher zeichnet sich in unserem Land ein neuer politischer Konfliktherd ab, der kurz mit dem Begriff "Ausländerprobleme" umschrieben werden kann. In einer in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte bislang unbekanntem Heftigkeit wird in der breiten Öffentlichkeit - von der Presse bis zum Stammtisch, von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften - über Fragen der Ausländerkriminalität, des Asylrechts, der Ausländerintegration und vor allem der politisch motivierten Gewaltanwendung von Ausländern diskutiert. Wir dürfen die Augen nicht mehr davor verschließen, in unserem Land breitet sich Angst vor Ausländern und damit verbunden Ausländerfeindlichkeit aus. Es entsteht ein gefährliches Gebräu aus Unwissenheit und Vorurteilen über Ausländer in unserem Land.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Türken. Sie sind mit circa 1,2 Millionen nicht nur die größte Gruppe ausländischer Mitbürger, sondern auch in Richtungen gespalten, die sich zum Teil heftig bekämpfen. In dem vorab bekanntgewordenen Teil des Verfassungsschutzberichtes 1979, der sich



mit ausländischen Extremisten befaßt, wird hierzu festgestellt, daß Polarisierung, Gewaltbereitschaft und das Anwachsen der Mitgliederzahlen links- wie rechtsextremistischer Türkenorganisationen zusammen mit einer Re-Islamisierung und dem heftigen, schwer disziplinierbaren Volkscharakter eine hochbrisante Mischung ergeben. Von den 1,2 Millionen Türken werden 58.000 (zwölf Prozent) als Extremisten eingestuft. Zu den orthodoxen Linken werden etwa 21.250 gezählt und zuden islamisch-orthodoxen Rechten mindestens 29.000 Mitglieder. Der Bericht des Verfassungsschutzes fährt fort, daß Linke wie Rechte - bei denen sich die politischen Verhältnisse in der Türkei widerspiegeln - die politische Ausschaltung des jeweiligen Gegners - "um nicht zu sagen dessen physische Vernichtung" - anstreben. Der Ernst der Situation ist an der wachsenden Zahl registrierter Gewalttaten zu erkennen. Wurden 1978 sechs Gewalttaten registriert, so gab es 1979 25 Gewalttaten mit zwei Toten.

Einer solchen Entwicklung dürfen wir unter keinen Umständen tatenlos zusehen. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob die Gewalttaten von links oder von rechts begangen werden. Es kann auch nicht hingenommen werden, daß unter dem Deckmantel praktizierter Religiosität der Nährboden für die Verbreitung einer rechtsextremistischen, faschistischen Ideologie bereitet wird. Wenn Moscheen und Koranschulen zur Indoktrination der Jugend und zur Aufhetzung gegen anders Denkende mißbraucht werden, entsteht für das Ansehen dieser Institutionen und des Islam in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ein nicht wiedergutzumachender Schaden. Rechtsradikale Moslems haben bereits jetzt die Kontrolle über zahlreiche Moscheen und ähnliche Einrichtungen. Allein die rechtsradikale Nationale Heilspartei kontrolliert in Berlin zwölf Moscheen und eine Reihe von Koranschulen.

Der SPD-Bundesparteitag in Berlin hat im Dezember des vergangenen Jahres einen Antrag beschlossen, der das Verbot rechtsradikaler Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik fordert. Der jüngste Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz weist meines Erachtens nach, daß ein solcher Schritt nicht mehr zu vermeiden sein wird. Auch wenn man die Wirkung eines Verbotes zum Beispiel der "Grauen Wölfe" nicht allzu hoch einschätzen sollte, darf doch nicht übersehen werden, daß das hierdurch gesetzte Zeichen - dem Treiben ein Ende zu machen - von großer Bedeutung sein wird. Unsere türkischen Mitbürger, die in ihrer Übergroßen Zahl friedlich in der Bundesrepublik leben und ihrer Arbeit nachgehen, haben einen Anspruch darauf, daß sie vor gewalttätigen, intoleranten und fanatischen Landsleuten geschützt werden.

Die Bundesregierung und der von ihr eingesetzte Beauftragte für Ausländerfragen, Heinz Kühn, haben konkrete Wege gewiesen, die wir zukünftig in der Ausländerpolitik gehen müssen. Dies wird ein schwerer von vielen Rückschlägen gekennzeichnete Prozeß sein. Es wird aber Zeit, daß wir damit beginnen. (-/13.6.1980/ks/ko)

+ + +



Keine Law-and-order-Parolen

Hausbesetzer müssen auf legale Wege zurückgebracht werden

Von Bernd Meyer

Senator für das Bauwesen der Friesen Hansestadt Bremen

Hier hilft keine Schwarz-Weiß-Malerei. In der Diskussion um das aktuelle Thema "Hausbesetzungen" führt nur behutsames und ernsthaftes Vorgehen in dieser Frage weiter. Das Thema Hausbesetzungen wird derzeit nicht nur in Bremen leidenschaftlich diskutiert. Deutlich ist: Auch ausschließlich juristische Argumentationen führen auf diesem Feld kaum weiter. Alle Gesichtspunkte zu diesem Thema müssen abgewogen werden. Die Marschroute sollte jedenfalls lauten: "Keine law-and-order-Parolen."

Das bedeutet nicht, dem Treiben der Hausbesetzer tatenlos zuzusehen. Es muß jedoch an die Wurzel des Problems herangegangen werden. Jeder sollte wissen: Hausbesetzungen passieren nicht aus heilerem Himmel, denn in Teilbereichen des Wohnungsmarktes sind Mängel nicht zu übersehen. Vor allem mangelt es uns an Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte und an Wohnungen für große Familien und Wohngemeinschaften. Vor allem sind auch die rasch gestiegenen horrenden Wohnungsbaukosten die Ursache dafür, daß wir den sozialen Wohnungsbau in der bisherigen Form kaum noch finanzieren können. Wir suchen in Bremen nach neuen Wegen, um den notwendigen Wohnungsbau unter schwierigen Umständen gleichwohl sicherzustellen.

Unmißverständlich gilt aber auch: Hausbesetzungen sind rechtswidrige Handlungen. Darum können wir die Hausbesetzer um des lieben Friedens willen nicht besser behandeln, als andere Wohnungssuchende. Sollte es sich herumsprechen, daß ein solches Verhalten der direkte und schnellste Weg wäre, um zu einer Wohnung zu kommen, hätten wir sehr bald unhaltbare Zustände. Zudem ist jedoch zu beachten, daß auch in besetzten Wohnungen für ein Mindestmaß an hygienischer und zumutbarer Ausstattung von Wohnungen herrscht. Es ist jedenfalls nicht zu vertreten, daß sich zahlreiche Menschen auf längere Zeit auf engem Wohnraum ohne Strom, Wasser, Licht und Entsorgung aufhalten.



Dies kann allerdings nicht zur Folge haben, daß die Bewohner in den besetzten Häusern mit Gewalt entfernt werden. Ich bin der Auffassung, daß hier friedliche Wege gesucht werden müssen, um zu Lösungen zu kommen, die alle gemeinsam tragen können. Jedes Verwaltungshandeln muß als Mittel verhältnismäßig und angemessen sein, um das angestrebte Ziel zu verwirklichen.

Diese Richtschnur gilt um so mehr für das Agieren in der Gesamtproblematik der "Hausbesetzungen". Das kann im Einzelfall bedeuten, eine Besetzung eine zeitlang hinzunehmen, solange ein anderer passender Wohnraum nicht angeboten werden könne.

Da sich Hausbesetzer in aller Regel in alten Häusern einnisten, gilt allerdings die Maxime: Die Sanierung in alten Stadtteilen darf auf keinen Fall behindert werden. Die Sanierung dient ja gerade der Herstellung von mehr und besserem Wohnraum. Jede Verzögerung in der Sanierung kommt uns bei der derzeitigen Baukostenentwicklung schließlich teuer zu stehen. Nachdrücklich ist also vor Lösungen zu warnen, die gewaltsame Auseinandersetzungen von vornherein einkalkulieren. Beispiele in Nachbarländern und auch in Bremen lehren, daß Hausbesetzungen dann nicht hinzunehmen sind, wenn durch sie die Sanierung verhindert wird. Wir müssen zugleich alles tun, um Eskalationen von Gewalt zu vermeiden. Dies ginge nämlich zu Lasten unserer Mitbürger: Zu Lasten der Polizisten, der Betroffenen und der Anwohner. Das würde auch das Klima beeinträchtigen, daß in unseren Sanierungsgebieten Grundlage für eine positive Entwicklung ist. Wir müssen alles tun, um die kleine Minderheit von Mitbürgern auf legale Wege zurückzubringen. Deshalb appelliere ich an alle Beteiligten und Verantwortlichen, mit Geduld im Einzelfall nach Lösungen zu suchen, die friedlich und demokratisch sind.

(-/13.6.1980/hl/ca)



DOKUMENTATION

Mit dem politischen Denken des Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und seiner Rolle als Christ in der Politik befaßt sich eine Argumentationshilfe, die der Sozialdemokratische Informationsdienst für Kirchenfragen - evangelischer Bereich - in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlicht. Wir dokumentieren den zweiten Teil des Textes.

4. Strauß und das "christliche" Menschenbild

"Ich stehe auf dem Boden der christlichen Weltanschauung", sagte Strauß 1974 in einem Interview. Er verstehe den Menschen als Ebenbild Gottes. Was aber ist das "Christliche" am Menschenbild? Hierzu einige Näherbestimmungen aus der Parteitagsrede von 1979:

- "christliche Religiosität aller christlichen Konfessionen"
- "Bekenntnis zum geschichtlichen Erbe"
- "Bekenntnis zu Heimat und Vaterland"
- "Hineingestellt in den Strom der Geschichte"
- "Hineingestellt in menschliche Bindungen, deren oberste, heiligste und wichtigste die Familie ist".

Dieses "christliche" Menschenbild sei "das verpflichtende Erbe und gleichzeitig das verpflichtende Ziel für unsere gesamte Politik". Strauß muß sich fragen lassen, was Jesus Christus mit dieser national-konservativen Christlichkeit eines Besitzbürgertums zu tun hat. Hat Jesus nicht Toleranz und Feindesliebe gelehrt? Hat er sich nicht in erster Linie an die Gehandicapten und Leidenden gewandt? Hat er sich nicht gegen die Vergötzung des Eigentums ausgesprochen? Hat er sich nicht als Beginn einer auf Zukunft ausgerichteten Heilsgeschichte verstanden?

Hiermit kommen wir zum Kern des Straußschen Politikansatzes: Er bedient sich eines bürgerlich - konservativ interpretierten Christentums, um seinen marktwirtschaftlich-liberalen Interessen eine Art geistig-weltanschauliche Weihe zu verleihen. Strauß hat das marktwirtschaftliche Ordnungsdenken christlich getauft. Er selbst erhebt den messianischen Anspruch, "die Wende" in der deutschen Politik herbeizuführen. In diesem weltanschaulichen Dualismus liegt der Grund für die gespaltene Persönlichkeit des Kanzlerkandidaten:

- "Wir sagen nein zum Abfall von Gott und der Geschichte" (wie es die Sozialdemokraten und ihre geistigen Verbündeten vermeindlich seit 1969 getan haben!)
- "Im Hinblick auf die ideologische und machtpolitische Herausforderung durch totalitäre kollektivistische Systeme gilt es die christliche Substanz unseres Landes zu erneuern und zu festigen" (Rede vor der bayerischen Synode, November 1979).

Im Klartext: Der Freiheitsbegriff eines marktwirtschaftlichen Ordnungsdenkens (wettbewerbsorientiert, leistungsstark, autonom) steht in der Bewährung gegen ein Freiheitsverständnis, das von Freiheit in Bindung ausgeht, politisch von der SPD zu realisieren versucht wird und von weiten Kreisen des Protestantismus mitgetragen ist. Aus diesem unterschiedlichen Grundansatz malt Strauß ein Krisengemälde, auf dessen Hintergrund die Entscheidungsschlacht zwischen der christlich-westlichen und der gottlos-östlichen Zivilisation geschlagen wird. Strauß selbst sieht sich als Kreuzritter berufen, die Legionen in Mitteleuropa zu sammeln. Die Sowjets stehen ante portas. Die SPD ist in diesem ganzen Spiel das Trojanische Pferd.

Theologen und kirchlich Verantwortliche in der Bundesrepublik werden sich fragen lassen müssen, ob sie den Mißbrauch des christlichen Namens für diese politischen Zwecke un widersprochen lassen dürfen. Verkümmert der christliche Name nicht zu bloßer Rechtfertigung von Machtinteressen, wenn er zum Aufbau von Feindbildern mißbraucht und der latente Anti-Kommunismus in unserem Lande vor den Karren einer vorgeblich "christlichen" Politik gespannt wird?



5. Strauß - ein Christ in der Politik

"Ich bin immer sehr skeptisch gewesen gegen den Begriff der christlichen Politik ... wohl aber bin ich der Auffassung, daß es der Christen in der Politik bedarf" (so 1976 vor der Hanns-Seidel-Stiftung und sinngemäß 1978 vor dem Evangelischen Bildungswerk in Würzburg).

Wer sich so ausdrücklich wie Strauß auf die sogenannten "christlichen" Grundwerte und auf das "christliche" Menschenbild beruft, wird sich an seinem tatsächlichen Handeln messen lassen müssen:

a/ Zunächst einmal: Weder mit der katholischen noch mit der evangelischen Amtskirche lebt Strauß im Einvernehmen. Man erinnert sich dort sehr genau, zu welchen Überraschungen Strauß in den letzten Jahren gut war. Zwei Beispiele:

Im katholischen Bereich zog er sich 1979 den Zorn der Kardinäle und Bischöfe zu, als er der Amtskirche vorwarf, in der Behandlung der Abtreibungsproblematik werde sie "den Wirklichkeiten, die im Leben auftreten, nicht immer gerecht" (Bild-Interview vom 26. September 1979). Der Vorsitzende des Münchner Katholikenrates, Hans Wagner, hielt Strauß daraufhin vor, es drohe die Gefahr, "daß das ungeborene Leben wie schon 1976 ein zweites Mal wahltaktischem Opportunismus geopfert wird. Vielleicht kann man damit Stimmen, vielleicht sogar die Macht gewinnen. Aber man wird so auf jeden Fall und auf Dauer die Zukunft verlieren" (Süddeutsche Zeitung vom 3. Oktober 1979). Kardinal Höffner machte ebenfalls seinem Zorn gegen Strauß wenig später öffentlich Luft.

Im evangelischen Bereich sind noch aus dem letzten Bundestagswahlkampf, gerade in Bayern, traumatische Erinnerungen wach. Dort hatte der CSU-Chef in einer Wahlkampf-illustrierten die evangelischen Christen Bayerns als "ungläubige" bezeichnen lassen, freilich mehr ironisch. Der bayerische Landesbischof jedoch mochte keinen Spaß verstehen - man wollte Strauß so nehmen, wie er sich gegeben hatte. Der Landeskirchenrat ließ verlauten, es habe sich um eine "eklatante Brückierung aller evangelisch-lutherischen Bürger des Freistaates Bayern" gehandelt.

b/ Strauß griff 1977 vor dem CSU-Parteitag Persönlichkeiten aus dem Protestantismus scharf an. So sagte er:

"Wer, wie Professor Golwitzer, wie Pastor Albertz, wie Nobel-Preisträger Heinrich Böll die gesellschaftliche Lage, die freiheitlich-demokratische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland maßstablos, augenmaßwidrig verzerrt und verleumdet, die Motive terroristische Bandenverbrecher als Ausdruck 'gesellschaftskritischer Haltung' verständlich zu machen sucht, der kann sich auch nicht in einem Aufruf an die Terroristen von der Mitschuld an Verwirrung moralischer Maßstäbe und deren Folgen wieder lossprechen."

Dazu schrieb der damals der CSU angehörende Pfarrer Roser, nicht ganz ohne Einfluß im Evangelischen Arbeitskreis seiner Partei, an Strauß, er halte diese Tiraden als "unerträgliche Vergiftung der Stimmung in unserem Lande". Sie seien "Ausdruck grober Verständnislosigkeit gegenüber dem geistigen, geistlichen und sozialen Ringen wichtiger Kreise des Protestantismus".

c/ Vor dem Deutschen Bundestag ließ Strauß sich am 13. März 1975 zu folgender Unterstellung hinreißen:

"Die Zustände, wie sie an vier Berliner Institutionen herrschen, Herr Regierender Bürgermeister, an der sogenannten Freien Universität, an der Technischen Universität, an der Pädagogischen Hochschule und an einem evangelischen Predigerseminar sind eine ernste Gefahr für die Sicherheit Berlins, für die Freiheit seiner Bevölkerung, und sie sind ein Nährboden krimineller Umtriebe."



Ein Predigerseminar im Dienste terroristischer Unterwanderung - diese Unterstellung zog scharfe Demarchen des Berliner Bischofes und weiter Teile der Pfarrerschaft nach sich.

- d/ Strauß bekam mit Christen und Vertretern der Amtskirche stets dann Ärger, wenn sie sich nicht mit jenem Verständnis der "christlichen" Wertordnung in Übereinstimmung befanden, das Strauß sich selbst zurechtgelegt hat. So versuchte er 1973 vergeblich, dem Kirchenfunk des Bayerischen Rundfunks Bandagen anzulegen. Er rief nach "scharfer Kontrolle". Der damalige Vertreter der evangelischen Kirche im Rundfunkrat, Dekan Paul Rieger, widersprach Strauß entschieden.
- e/ Überhaupt hat Strauß der Kirche eine recht eigenartige Rolle zgedacht. Sie soll sich auf Orientierungshilfen im Bereich der Grundwerte beschränken, sich aber Handreichungen zu politischen Fragen tunlichst enthalten (so 1977 bei einer Zusammenkunft mit der bayerischen Landeskirche).

Vor allem muß die Kirche das "richtige" Evangelium verkünden! Andernfalls müsse die CSU der Kirche sagen, wo es theologisch lang zu gehen hat. So klagte Strauß vor der EKD-Synode in Garmisch im Januar 1980:

"Die immer undurchschaubarer, ja verwirrender gewordene theologische Auseinandersetzung machen es dem Einzelnen, auch dem Politiker immer schwerer, aus christlicher Verantwortung zu handeln."

Mit dieser Einstellung bahnt sich eine Neuinterpretation des "C" im Namen der Unionsparteien an. Die evangelische Kirche beispielsweise hat seit 1945 immer wieder einmal daran erinnert, daß es ihrem Verständnis nach keine "christliche" Partei geben könne. Es ist zu fragen, ob sie ihre kritische Haltung der Öffentlichkeit nach so langer Zeit nicht wieder einmal in Erinnerung rufen will. Diesem möglichen Einwand könnte Strauß allerdings dadurch ausweichen, daß er darauf hinweist, selbst bestimmen zu müssen, was als christlich zu gelten habe, und was nicht. Auch Biedenkopf versuchte das vor einigen Jahren.

Dazu ein Zitat von Helmut Simon, Bundesverfassungsrichter und 1975 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages:

"Nicht erst auf dem Stuttgarter Kirchentag (1969) ist scharf kritisiert worden, daß die Kirche sich nicht gegen das 'C' bei der CDU wehrt. Wohlverstanden: Diese Partei erfüllt selbstverständlich eine wichtige staatspolitische Funktion. Aber vertritt sie nicht in ihrer praktischen Politik bevorzugt die Interessen des nicht gerade reformfreudigen Wohlstandsbürgers und der ohnehin einflußreichen Wirtschaft?"

6. Strauß und die Glaubwürdigkeit

Der Kanzlerkandidat der Union sagt von sich, er sei ein Christ in der Politik. Das muß so respektiert werden. Niemand hat das Recht, Strauß das Christsein absprechen zu wollen. Dennoch muß er sich fragen lassen, ob er nicht durch die eigenmächtige Entscheidung, was als christlich zu gelten habe, und was nicht, eher Irritation hervorrufe. Wer sich so, wie Strauß, auf ein "christliches" Menschenbild beruft und seinen Generalsekretär, Herrn Stoiber, dabei gewähren läßt, kritische Bürger als Ratten und Schmeißfliegen abzukanzeln, bewegt sich an der Grenze der Anständigkeit. Zum Vergleich, wie unterschiedlich ein protestantischer Bischof und ein katholischer Kanzlerkandidat die Gott-Ebenbildlichkeit des Menschen auslegen:

Strauß:

"Ich stehe auf dem Boden der christlichen Weltanschauung." "Das christliche Menschenbild ist das verpflichtende Erbe und gleichzeitig das verpflichtende Ziel für unsere gesamte Politik." Es geht um "den Menschen als ein Ebenbild Gottes".



Bischof Kruse, Berlin

"Mit einem solchen Ausdruck (gemeint ist Ratten und Schmeißfliegen. Die Redaktion) wird dem Menschen, der nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, das Menschsein abgesprochen ... Von seinen Gegnern als von 'Ratten und Schmeißfliegen' zu reden, das ist mehr als eine ungezügelter Entgleisung" (Anfang März im "Berliner Sonntagsblatt").

7. Zusammenfassung

Wir halten fest: Strauß will die "zunehmende Wertunsicherheit", die "tiefgreifende Entmoralisierung der Gesellschaft" durch die "Rückkehr zu den Leistungswerten" überwinden. Denn:

"Der Realitätsverlust äußert sich in der Absage an die Leistungswerte unserer Gesellschaft und in der Verneinung der naturwissenschaftlich-technischen Grundlagen unserer Zivilisation."

Diesen "Leistungswerten" entspricht das entschiedene Eintreten für die marktwirtschaftliche Ordnung. Straußens individualistische Einstellung zum Menschen findet seinen Ausdruck darin, daß durch den Wettbewerb der einzelnen am Markt die Bedürfnisse der Gesellschaft ihre Regelung finden. Trotz seiner Beteuerungen der einzig realitätsbezogene Politiker im Lande zu sein, steht doch folgendes fest: Strauß will zur politischen Romantik zurück. Er spricht von der "Rückkehr" zu Werten wie Fleiß, Disziplin, Opferbereitschaft, Bescheidenheit und natürlich Verantwortungsbewußtsein. Insofern ist Strauß kein Konservativer mehr, sondern ein Gralshüter der Restauration.

Christliche Elemente der Wertordnung sind ihm dabei sehr willkommen, weil sie die restaurativen Werte transzendent abstützen sollen. Strauß erhebt christliches Denken deshalb in den Rang einer Ideologie, einer Rechtfertigungslehre für eine rechtskonservative Gesellschaftsordnung. Es gelte "die christliche Substanz unseres Landes zu erneuern und zu festigen". Was als christlich zu gelten hat, und was nicht, entscheide er, Strauß, selbst.

Objekt des Straußschen Feindbildedenkens sind die Sozialdemokraten, jenes "kollektivistische System", gegen das es die liberalistisch-individualistische Sicht vom Menschen zu verteidigen gilt. Sie und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte sind von Gott abgefallen und vom Gott der Geschichte. Antikommunismus soll so zur christlichen Pflichtübung werden - obwohl es die Pflicht von Strauß als Christ wäre, die Unterschiede nicht zu vertuschen. Strauß versucht also, ein restauratives Christentum (national-konservativ, besitzbürgerlich) gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu führen, gegen die "irdische Vollkommenheitstheologie, die dann zu utopischen Luftschlössern führt". Deshalb kann Strauß mit dem Begriff Zukunft nur als Beginn einer Rückkehr zur politischen Romantik, zur Restauration etwas anfangen, aber nicht mit Zukunft als Entwurf von Hoffnung auf Neues im Sinne des Neuen Testaments.

Wer sich all dies klarmacht, und alles hier Ausgebreitete ließe sich noch ausführlicher dokumentieren, dürfte zu keinem anderen als folgenden Schluß kommen: Strauß ist der Kreuzritter einer Politik, die heilsgeschichtliche Züge trägt und keinen Widerspruch duldet. Sie ist dazu berufen, ohne Wenn und Aber verwirklicht zu werden.

Christen, Theologen, kirchliche Mitarbeiter und Verantwortungsträger der Kirchen müssen sich fragen lassen, ob sie einem solchen Mißbrauch des "christlichen" in der Politik widerspruchlos zusehen dürfen. Die Frage bleibt: Ist Strauß für Christen wählbar? Der Präses der EDK-Synode, Cornelius von Heyl, und der Geschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Kurt Neumann, haben diese Frage auf ihre Weise beantwortet. Beide sind 1979 mit dem Hinweis auf die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß aus der CDU ausgetreten. (-/ 11.6.1980/Ks/Ga)

+ + +

